

Liebe*r Bewerber*innen,

mit diesen Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick geben, zu welchem Zweck wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten und welche Rechte sich für Sie aus den geltenden Datenschutzgesetzen ergeben.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Zentrum für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung (Behindertenzentrum) BHZ gGmbH

Turmstraße 21, Haus K Eingang C

10559 Berlin

E-Mail: info@behindertenzentrum-berlin.de

Unsere **Datenschutzbeauftragte** (Frau Rebecca Wiemer) erreichen Sie per Post unter der o.g. Adresse mit dem Zusatz – **Datenschutzbeauftragte** - oder per E-Mail unter: kontakt@wiemer-arndt.de

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten gemäß § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG zum Zweck der Anbahnung, Begründung und anschließenden Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses sowie gegebenenfalls zu dessen Beendigung. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zudem gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung, gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO soweit dies zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtung erforderlich ist denen wir unterliegen und gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der berechtigten Interessen Dritter, soweit Ihre Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, nicht überwiegen.

Automatische Entscheidungsfindungen und Profiling

Wir nutzen Ihre Daten nicht für automatisierte Entscheidungsfindungen einschließlich Profiling i.S.d. Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Zwecke der Datenverarbeitung, Datenkategorien und Datenquellen

Im Bewerbungsprozess verarbeiten wir Daten von Ihnen, die wir und unsere Kunden im Rahmen des Auswahlprozesses benötigen und die Sie uns mit Ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt haben.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Beschäftigungskontext u.a. für Zwecke des Beschäftigungsmanagements und der Erfüllung des Arbeitsvertrags (z.B. Arbeitszeiten, Abwesenheiten, Urlaubszeiten, Sonderurlaub, etc.), der Erfüllung von durch Rechtsvorschriften festgelegten Pflichten des Managements (z.B. Rechnungslegung), der Planung und der Organisation der Arbeit (z.B. Arbeits- und Dienstpläne, Bereitschaftspläne, interne Telefonverzeichnisse), der Gesundheit, Sicherheit, Gleichheit und Diversität am Arbeitsplatz, der Netz- und Informationssicherheit, der Durchführung von Verträgen mit Dritten, der Wahrung unseres Hausrechts sowie für Zwecke der Inanspruchnahme der mit der Beschäftigung zusammenhängenden individuellen oder kollektiven Rechte und Leistungen oder der Rechtsverfolgung benötigen.

Bei Einstellung bitten wir Sie, einen Personalfragebogen auszufüllen. Die dort enthaltenen Fragen sind zur Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses gemäß § 26 BDSG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, 88 DSGVO erforderlich. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Vertrages ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen. Lediglich die als freiwillig beziehungsweise als optional benannten Angaben müssen nicht gemacht werden. Es sind keine negativen Konsequenzen mit der Nichtbereitstellung **freiwilliger** personenbezogener Daten verbunden. Allerdings kann die Nichtbereitstellung im Einzelfall zum Beispiel die Kommunikation mit Ihnen erschweren bzw. verzögern.

Soweit für die Erbringung unserer vertraglichen oder gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich, verarbeiten wir zudem personenbezogene Daten, die wir von Unternehmen, öffentlichen Stellen und Institutionen zulässigerweise erhalten haben. Wir verarbeiten Ihre Stammdaten, die zur Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sind. Dies sind regelmäßig unter anderem Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, Geschlecht, Bankverbindung und Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus verarbeiten wir Angaben zu Ihrer Beschäftigung bei uns sowie zu Ihrer Qualifikation und Ihrem bisherigen Werdegang. Hierzu gehören zum Beispiel Informationen zum höchsten Schulabschluss beziehungsweise zur höchsten Berufsausbildung und die Informationen, die Sie uns im Rahmen des Bewerbungsverfahrens überlassen haben. Daten über aktuelle Nebenbeschäftigungen sind für uns relevant, um die Vereinbarkeit mit Ihrer Beschäftigung prüfen zu können.

Wir verarbeiten auch steuer- und sozialversicherungsrechtlich relevante Daten. Hierzu gehören unter anderem Ihre Steuerklasse, Steueridentifikationsnummer, etwaige Kinderfreibeträge und Angaben zur Konfession. Diese und weitere gesetzlich im Einkommenssteuergesetz geregelte Daten erhalten wir gegebenenfalls direkt von der zuständigen Finanzverwaltung.

Wir erheben zudem Informationen zu Ihrer Krankenversicherung und gegebenenfalls zu weiteren beschäftigungsrelevanten Zusatzversicherungen, um etwaigen Zahlungsverpflichtungen und Meldepflichten nachkommen zu können.

Im Rahmen der Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge fragen wir nach Ihrer Elterneigenschaft. Wir benötigen diese Information, um festzustellen, ob nach Sozialgesetzbuch XI ein Beitragszuschlag zur Pflegeversicherung zu entrichten ist. Gegebenenfalls bitten wir Sie, die bestehende Elterneigenschaft durch entsprechende Dokumente nachzuweisen. In diesem Fall nehmen wir eine Kopie der Nachweise gemäß Beitragsverfahrensordnung zu Ihrer Personalakte.

Gegebenenfalls fordern wir Sie auf, uns Führungszeugnisse vorzulegen oder an Einstellungsuntersuchungen teilzunehmen. Sofern Sie im Zeitpunkt der Einstellung noch nicht volljährig sind, bitten wir Sie gegebenenfalls um die Vorlage einer ärztlichen Erstuntersuchungsbescheinigung. Hierzu sind wir über das Jugendarbeitsschutzgesetz gesetzlich verpflichtet. In bestimmten Fällen bitten wir Sie um Vorlage einer Arbeitserlaubnis beziehungsweise einer Aufenthaltsgenehmigung. Dies erfolgt nur, sofern diese für die Prüfung der Rechtmäßigkeit Ihrer Beschäftigung erforderlich ist. Gegebenenfalls fragen wir Sie nach der Einstellung zudem, ob eine Schwerbehinderung vorliegt. Diese Frage erfolgt, um Ihre entsprechenden Rechte nach dem SGB IX wahren zu können sowie um eine etwaige Ausgleichsabgabe nach SGB IX zu berechnen. Die Beantwortung der Frage nach dem Vorliegen einer Schwerbehinderung ist freiwillig.

Wir führen eine Personalakte, in der wir alle zentralen Informationen, die für das Beschäftigungsverhältnis erforderlich sind, speichern. Wenn Sie die Inhalte Ihrer Personalakte einsehen möchten, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsführung. In allen Fällen gilt hierbei der Grundsatz, dass diese Datenverarbeitungen nur erfolgen, sofern sie zur Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses gemäß § 26 BDSG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, 88 DSGVO erforderlich oder durch andere Rechtsvorschriften oder Ihre ausdrückliche Einwilligung legitimiert sind.

Datenempfänger*innen

Intern werden die für die Durchführung des Bewerbungsverfahrens zuständigen Mitarbeiter*innen Zugang zu Ihren Daten haben, soweit dies für die Entscheidung über die Begründung des Beschäftigungsverhältnisses mit Ihnen erforderlich ist.

Wir können Ihre personenbezogenen Daten an uns verbundene Unternehmen übermitteln, soweit dies im Rahmen der dargelegten Zwecke und Rechtsgrundlagen zulässig ist oder Sie in die Weitergabe eingewilligt haben.

Zudem können wir Ihre Daten an weisungsgebundene Auftragsverarbeiter übermitteln (z.B. IT-Dienstleister u.a. für Fernwartungen und Support, Hosting-Anbieter, Rechenzentren, etc.). Die weitergegebenen Daten dürfen durch den Auftragsverarbeiter nur auf Basis von Vereinbarungen gemäß Art. 28 DSGVO verarbeitet werden und unterliegen der Vertraulichkeit.

Empfänger*innen außerhalb des EWR

Sollten wir ihre personenbezogenen Daten in ein Land außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) übermitteln, erfolgt die Übermittlung nur, soweit dem Drittland durch die EU-Kommission ein angemessenes Datenschutzniveau bestätigt wurde oder andere angemessene Datenschutzgarantien (z.B. verbindliche unternehmensinterne Datenschutzvorschriften oder EU-Standardvertragsklauseln) vorhanden sind.

Aufnahme Bewerber-Pool

Sofern wir Ihnen kein Stellenangebot machen können, besteht die Möglichkeit, Sie in unser Bewerber-Pool aufzunehmen. Im Falle der Aufnahme werden alle Dokumente und Angaben aus Ihrer Bewerbung in den Bewerber-Pool übernommen, um Sie im Falle von passenden Vakanzen zu kontaktieren.

Die Aufnahme in den Bewerber-Pool geschieht ausschließlich auf Grundlage Ihrer ausdrücklichen Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a). Die Abgabe der Einwilligung ist freiwillig und steht in keinem Bezug zum laufenden Bewerbungsverfahren.

Speicherdauer

Die zur Erfüllung der zuvor genannten Zwecke verarbeiteten Daten werden vernichtet beziehungsweise gelöscht, sobald sie für die Erfüllung dieser Zwecke nicht mehr erforderlich sind und soweit rechtliche Verpflichtung der Löschung nicht entgegenstehen. In diesen Fällen werden Ihre personenbezogenen Daten nach Entfallen der rechtlichen Verpflichtung sowie nach Ablauf etwaiger daraus resultierender Anspruchsfristen gelöscht.

Die im Rahmen der Auswahlverfahren verarbeiteten Daten werden, sofern keine Einstellung erfolgt, spätestens 6 Monate nach Beendigung der Auswahlverfahren gelöscht.

Bewerber-Pool: Sofern Sie in die Aufbewahrung / Speicherung ihrer Daten, über die Beendigung des Auswahlverfahrens hinaus, ausdrücklich eingewilligt haben, löschen wir Ihre Daten, unverzüglich wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen, spätestens jedoch nach 24 Monaten.

Betroffenenrechte

Sie haben uns gegenüber das Recht, nach Art. 15 Abs. 1 DSGVO auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten sowie gemäß Art. 16 DSGVO auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt. Sie haben zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit. Sie haben nach Art. 22 DSGVO das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung einschließlich Profiling beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihnen gegenüber rechtlicher Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt, haben Sie gem. Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde. Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (WEB: <https://www.datenschutz-berlin.de/>)

Hinweis auf Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Sie haben das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass dies die Rechtmäßigkeit der bisher erfolgten Verarbeitung berührt. Wenn Sie die Einwilligung widerrufen, stellen wir die entsprechende

Datenverarbeitung ein und löschen Ihre hierfür verarbeiteten Daten, soweit Sie nicht ausdrücklich in eine weitere Nutzung Ihrer Daten eingewilligt haben oder ein Rechtsgrund für die weitere Verarbeitung gegeben ist.

Hinweis auf Widerspruchsrecht

Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO erhoben (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen), steht Ihnen das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.